

# Sallese Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1908. Nr. 238.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 200.

Belegblätter für Halle u. Sorote 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr 8 M., halbjährlich 15 M., jährlich 30 M. — Wochenausgaben: Halle 1 M., Sorote 1 M., durch die Post bezogen 1.20 M., für das Vierteljahr 3 M., halbjährlich 6 M., jährlich 12 M.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsstelligen Zeitstelle oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Hgr., auswärts 30 Hgr., Resten am Schluß der redaktionellen Zeile die Zeile 100 Hgr., Ueberschriften 20 Hgr., Expeditionen in Halle u. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, hinterhaus.  
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.  
Gesetzgeber: Dr. Walter Webenleben in Halle a. S.

Donnerstag, 21. Mai 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Dellauerstraße 14.  
Telephon-AM VI Nr. 11 494.  
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Politik und Presse.

Seitdem das Deutsche Reich sich auf das komplizierte und gefährliche Gebiet der Weltpolitik begeben hat, ist eine klare und einflussvolle Mitwirkung der Presse bei allen politischen Aktionen von internationaler Bedeutung mehr wie früher eine unabweisliche Notwendigkeit geworden. Zurzeit findet diese Mitwirkung noch nicht in dem wünschenswerten Grade statt. Es lohnt sich, zu untersuchen, wer die Schuld hieran trägt: die Staatsleitung oder die Presse selbst.

Wismarck hielt an dem Grundsatz fest, nur wenigen bestimmten Zeitungen direkte amtliche Informationen zu erteilen, und ausländische Journalisten wurden unter Wismarck nur in Ausnahmefällen in auswärtigen Anteilsstellen und geschickten Arbeit der Auslandspreise im Zusammenhang ein Gegenstand gegeben, so ist es erforderlich, die Vertreter möglichst vieler inländischer Zeitungen zu informieren und zu hören. Dies geschieht gegenwärtig auch auf Anordnung des Reichsstaatskanzlers durch die Presse, aber die derzeitige Gestaltung des amtlichen Pressebüros ermöglicht doch noch durchaus ein völlig genügendes Zusammenwirken der Staatsleitung und der Presse. Schon die Zahl der Beamten ist völlig unzureichend. Der Chef des Pressebüros, ein Geheimrat und vortragender Rat, vertritt, wie er sagt, nur zwei händliche Hilfsarbeiter, zu denen sich noch ein jüngerer Herr gesellt, der aber mit der Presse selbst nicht verkehrt, sondern nur vorbereitende Arbeit für seine älteren Kollegen verrichtet. Die Zahl der Journalisten, die im Amt vorstehen und empfangen werden, ist natürlich je nach der politischen Situation eine wechselnde, und der eine Beamte, der ihnen Auskunft erteilt, müßte eigentlich alles, was in den vielen einzelnen Notizen seiner Behörde vorliegt, vollständig im Kopfe haben. Das ist unmöglich. Trifft ihn daher eine Frage, auf die er nicht vorbereitet ist, so muß er sich zunächst umständlich erkundigen oder aber die stereotypische Antwort geben: „Hier nichts bekannt.“

Im Auslande sind die amtlichen Pressebefragungen dagegen so organisiert, daß derartige negative Auskünfte nicht erteilt wird. Und dort kommt es auch nicht vor, daß eine Zeitung den Gehörgelb, auf dem Felde der auswärtigen Politik besser unterrichtet zu sein als die Staatsleitung, und ihr Material frisch darauf los schreiben läßt. In jenen fremden Ländern, die wir vor Augen haben, arbeiten vielmehr Staatsleitung und Presse einander wirklich in die Hände und erzielen damit glänzende Erfolge. Es ist dringend Zeit, daß Deutschland in dieser Hinsicht nicht mehr zurückbleibt. Dazu müßte das Pressebüro eine selbständige Abteilung des auswärtigen Amtes werden, deren Direktor, wie in den übrigen Abteilungen, besondere Referenten — Referenten — für die einzelnen Gebiete des Weltalls, für Frankreich, England, den Orient, Ostasien usw. zur Seite zu haben hätte. Dann könnten die Vertreter der Presse sich direkt an einen wohlinformierten Spezialisten im Auskunft wenden. Um diese Ausgestaltung des Pressebüros durchzuführen, würden etwa zwölf neue Beamte gebildet werden müssen, deren Besoldung eine im Vergleich zu dem Nutzen nur lächerliche Mehrbelastung des Staats bedingen würde. Die Beamten könnten aus der Diplomatie, dem Konsulatsdienste oder der Journalismik selbst gewählt werden; die Voraussetzung ihrer Wahl wäre in erster Linie, daß sie das Verhältnis für die ungebührliche Macht der modernen Presse verstehen und sich nicht darüber täuschen, was der gedruckte Wuchsbau heutzutage bedeutet. Der Einfluß der Auslandspresse und der mit ihnen gemeinschaftlich arbeitenden Pressebüros auf die Entwidlung der politischen Dinge hat sich ja gerade in den letzten Jahren in einer für uns besonders unangenehmen Weise fühlbar gemacht. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung wäre im übrigen auch eine, wenn man es so nennen darf, Reform des gesellschaftlichen Verkehrs zwischen Diplomatie und Presse — eines Verkehrs, der sich nicht, wie bisher, nur auf einseitige Einladungen des Reichskanzlers, der Minister und Staatssekretäre an die Journalisten stützt, sondern von diesen durch Einladungen erwidert werden müßte. Am ist natürlich nicht von dem vielbeschäftigten Reichskanzler — um ihn zum Beispiel zu wählen — zu verlangen, daß er den Einladungen einzelner Journalisten entgegenstehe, die den Reichskanzler hätte, sich für die bei ihm genossene Gastfreundschaft erkenntlich zu zeigen. Aber es wäre wohl denkbar, daß die Berliner Journalisten, die im früheren Palais National und den Ministerhotels so gern gesellschaftlich verkehrten, sich zummenten und 3. B. jährlich drei oder vier Banquets für die hohen Staatsbeamten veranstalteten, in deren Rahmen sie Aufnahme fanden.

Die Zeile für die Tätigkeit dieses neuen Pressebüros oder müßte das Wort des Fürsten Bismarck sein: „Keine Beschränkung, sondern Orientierung. Keine Ueberredung, sondern nur Ueberzeugung.“

### Schule und Haus.

Ueber das traurige Thema der Schüler-Selbstmorde ist in den letzten Wochen viel geschrieben worden, und meist wurde dabei die Hauptschuld auf die Schule geschoben. Jetzt veröffentlicht ein Oberlehrer von einem anderen Gesichtspunkte aus in einem Berliner Blatte einen sehr beachtenswerten Artikel, der gewiß in mehr als einer Beziehung den Nagel auf den Kopf trifft. Er weist u. a. auf die Untersuchungen des Mediziners Eulenburg hin und führt da folgendes aus:

Eulenburg kommt unter Benützung eines sehr umfangreichen Materials zu dem Resultat, daß in den weitaus meisten Fällen die Schule verantwortlich zu machen sei. Dies ist positiv dahin zu ergänzen, daß in den weitaus meisten Fällen das Haus die Schuld trägt. Es haben zerrüttete Familienverhältnisse die seelische Verfassung des Kindes bereits bedenklich erkrankt, wenn es in die Schule kommt. In den meisten Fällen aber liegen die Dinge anders. Da liegt der Grund darin, daß zu Hause Anforderungen an das Kind nicht gestellt werden. Die Kinder werden genügt und herabgesetzt, Kinder in noch nicht schulpflichtigen Alter laufen mit Glacéhandschuhen herum, und das Herz dreht sich einem im Saite um, wenn man kleine Mädchen als Modedamen angezogen und mit den affektierten Mienen Ermadhener auf der Straße einherdrehen sieht. Alle nur möglichen Genüsse werden der Jugend zugänglich gemacht — von den Automaten an aufwärts bis zu den Weinstube und den Kaffeehäusern. Bis in die späte Nacht hinein werden Sertaner und Vorkühler in diesen Lokalen herumgeschleppt. Gut doch die der Großstadt eigentümliche Feier des Sonntags schon den Gedanken, einen blauen Montag für die Schulfrüher einzurichten, gesteuert. Die so auf das Neugierige und auf den Genuß dressierte Jugend vernagt natürlich der Pflicht keinen Gehmaß abzugewinnen. Vater und Mutter aber, die selbst systematisch die Leistungsfähigkeit ihrer Kinder untergraben, erwarten von dem Schulleben ihrer Kinder Erfolg auf Erfolg. Es tritt Erfolg ein, so liegt die Schuld an der Schule mit ihren Ansprüchen. Im Gegenteil! Die Schule hat ihre Ansprüche bereits in geradezu beängstigender Weise herabgesetzt. Ich habe kürzlich die Karte eines jungen Menschen gesehen, die dieser einige Wochen nach bestandener Abschlussprüfung an einer Realschule an einen seiner früheren Lehrer geschrieben hatte. Auf dieser Karte stand u. a.: „Ich hoffe, uns noch nicht vergessen zu haben.“ „Es grüßt Ihnen.“ Jeder, der als Einjähriger gedient hat, weiß, mit welchem Spott den Einjährigen nur zu häufig von den Vorgesetzten gegenübergetreten wird. „Natürlich ein Einjähriger!“ Die höhere Schule hat durchaus kein Interesse daran, dieser Verhöhnung ihrer Jünglinge eine weitere Grundlage zu geben. Und das deutsche Volk hat durchaus kein Interesse daran, sein Kulturniveau herabzusetzen zu lassen, damit Familien, die aus ihrer sozialen Stellung oder aus ihrem Geldbeutel Ansprüche heben, ihre verzerrten Forderungen ohne Ansehen der Person, die weit von „Berechtigungen“ gelangen. Selbstverständlich weist unser Schulwesen Mängel auf, denn unser Schulwesen ist eben ein menschliches Institut wie unser Heerwesen, bei dem auch Selbstmorde vorkommen, und unsere Jütliz, bei der bis ins Ende der Tage Zufallsmorde nicht ereignen werden. Wenn aber heute die höhere Schule besonders viele Ansprüche zu stellen scheint, so hat auch da nicht die Schule, sondern das Publikum die Schuld. Alle möglichen Dinge werden der Schule zugewiesen. Der neueste Sieg dieses Drängens ist die Einführung des biologischen Unterrichts. Dieser Tage brachte eine Zeitung einen Artikel darüber, daß die Kraft der menschlichen Stimme abnehme, so daß es wünschenswert sei, die heranwachsende Jugend durch regelmäßige Uebungen zur Entfaltung, Pflege und Beherrschung ihrer Stimmkraft zu erziehen. Der keruelle Unterricht ist uns erteilt gegeben.

So kann hier mit gutem Rechte den Eltern zugerufen werden: „Disceite, moniti.“

### Deutsches Reich.

Der Kaiser sagte sich am Mittwoch bei dem Reichskanzler und der Fürstin Milow zum Frühstück. Am vier Uhr war er u. a. geladen Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, die Staatsminister v. Tirpitz, v. Einem, Delbrück, v. Wolffe und Sydow.

Kaiser Wilhelm und der Zar. Wie in Petersburger Hofkreisen jetzt bestimmter verlautet, wird der Zar mit seiner Familie auch in diesem Sommer eine längere Gesehrt unternehmen und sich zunächst nach den sünlischen Gewässern begeben. Zu derselben Zeit dürfte der deutsche Kaiser von seiner Nordlandsreise zurückkehren, und es wird als sehr wahrscheinlich angenommen, daß bei dieser Gelegenheit eine Begegnung der beiden Souveräne auf hoher See stattfinden wird. Ueber den genauen Zeitpunkt, sowie den Ort der Begegnung scheinen noch keine Dispositionen getroffen worden zu sein.

Ihre Majestät die Kaiserin traf mit Gesolge am 20. Mai um 11¼ Uhr in Bonn ein. Abends 8 Uhr 35 Min.

verließ die hohe Frau Bonn wieder, um über Köln nach Berlin zurückzukehren.

Fürst Friedrich Wilhelm von Brunsen wird vom 1. Juni ab in der Staatsverwaltung in Schlesien beschäftigt. Der Prinz wird bei dem in der Nachbarschaft von Ramberg gelegenen Landratsamt des Kreises der Grafschaft Glatz tätig sein.

Ueber neue Regeln für den Radfahrerverkehr seien wir in der „Berl. Storr.“: Zur einheitlichen Vervollständigung des Radfahrerverkehrs hat das Reichsamt des Innern Ernennungsbefehl des Reichsamt des Innern vom 1. August 1908 an die Kreis- und Provinzialverwaltungen erteilt. Die bisher geltenden Folgebestimmungen sind allenthalben genau dem Wortlaut dieser Grundzüge anzupassen. Dabei ist zu beachten, daß die Bemessung der Gebühren für die Ausstellung der Karten mit zeitlich beschränkter Gültigkeit nicht mehr zulässig ist. Die landesrechtliche Bestimmungen, durch die zur steuerlichen Zwecken die Mitführung von Nummern über Fahrräder und über die Führung von Nummerplättchen an den Fahrrädern angeordnet werden, bleiben in Geltung.

Martin Biebermann verhaftet. Der Fohener Güteragent und Inhaber der Parzellierungsamt von Drenowitz und Langner, Martin Biebermann, ist, wie der „Schl. Hg.“ aus Thron gemeldet wird, Sonntagabend auf der Grenzstation Alexandrow von der russischen Besatzung verhaftet worden, weil er einen falschen Paß vorweise. Biebermann beschuldigte, in Geschäftsangelegenheiten nach Warschau zu reisen.

Betriebsentnahmen der Staatsbahnen. Der „Nordd. Hg. Hg.“ zufolge betragen die Betriebsentnahmen der preussisch-hessischen Staatsbahnen im April im Personenverkehr rund 3,1 Millionen, gleich 7,14 Prozent mehr, im Güterverkehr 2,5 Millionen, gleich 2,40 Prozent weniger, insgesamt einschließlich der sonstigen Einnahmen 0,7 Millionen, gleich 0,48 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Steigerung der Einnahmen im Personenverkehr ist größtenteils eine Folge der Lage des Ostereises, das in diesem Jahre ganz, im Vorjahre nur mit dem zweiten Festtag in den April fiel. Das Ergebnis des Güterverkehrs ist günstiger als des Ansehens hat, da der diesjährige April einen Arbeitslohn weniger zahlte als der vorjährige. Auf den Arbeitslohn gerechnet, sind die Einnahmen aus dem Güterverkehr sogar gestiegen.

Ans Brannschweig. Die Landesversammlung behandelte in ihrer Sitzung am 20. Mai die Statute der zur Vorbereitung von Reichstagen betreffend die Abänderung des Landtagswahlrechts eingesetzten Kommission, die dahin gehen, die bisher indirekte Wahl durch direkte Wahl zu erziehen, die Zahl der Wähler der ersten Klasse auf mindestens 10 Prozent, die der zweiten Klasse auf 10 Prozent festzusetzen. Die Wähler der ersten Klasse haben drei, die der zweiten und die dritten eine Stimme. Die Beschlüsse der Kommission wurden angenommen.

Die südbayerischen Bürgermeister in Windorf. Einer Einladung des Königs von England Folge leistend, besuchten Mittwoch vormittag die südbayerischen Bürgermeister das Schloss Windsor, wo sie von Lord Egger empfangen und von Sir Charles Frederick im Namen des Königs willkommen geheißen wurden. Die Gesellschaft fuhr von Windsor im Wagen zunächst zum Manoupeum in Frogmore, in welchem der Oberbürgermeister von Windorf am Erge der Königin Victoria einen prächtigen Kranz mit deutscher Inschrift niederlegte. Nach einer Besichtigung des königlichen Gutes wurden die Gäste von Hofbeamten in die Crangerie geleitet, in der ein Lunch eingenommen wurde. Nachdem noch die Staatsgarnier in Augenschein genommen worden waren, kehrten die Besucher am Nachmittag mittels Sonderzuges nach London zurück.

### Ausland.

Deutscher-Ungarn. Das österreichische Abgeordnetenhaus verhandelte am 20. Mai über den russischen Dringlichkeitsantrag betreffend das Verwaltungsrecht in Ostgalizien. Der Antragsteller Geginoff betonte nachdrücklich, die territoriale Kampfmethode habe nicht den politischen Programm der Jungtürken. Wenn dennoch ein so ungeheures Ginasgreifen über die Reichsordnung geschähe, so müßten auch ungebührliche Maßnahmen hierfür bestehen.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus kündigte Unterrichtsminister Apponyi einen Gesetzentwurf betreffend die Neugestaltung des Verwaltungsrechts an. Zur Veranschaulichung des neuen Unterrichtsgesetzes überredete, wobei der Minister darauf hin, daß die Verfassung der Schulen mit ungarischer Sprache in der Unterrichtssprache, diese Sprache als Befreiungsmittel einzuführen, nicht mehr als bindend empfunden werde. Bezüglich der Reform der Mittelstufen stand der Minister der Anregung sympathisch gegenüber, daß behufs Erzielung einer gewissen Gleichmäßigkeit im Unterrichtssystem zwischen den einzelnen Staaten Vereinbarungen, gewissenmaßen internationalen Schutzmahregeln, gegen Ueberdrückung der Schüler getroffen würden.

Italien. Renelli und der italienische Gesandte in Adis Abeba unterzeichneten am 16. Mai ein Abkommen zur einseitigen Regelung der Grenze nach dem italienischen Somalia. Eine gemischte Kommission wird sich zur Festlegung der Grenze nach dem in Frage kommenden Gebiet begeben. — Zur gleichen Zeit wurde ein Abkommen über den Handelsverkehr zwischen dem südlischen Aethiopien und Benadir zu schließen. In einer Jointbestimmung wird eine Entschädigung von 3 Millionen Lire festgesetzt, die von Italien an Aethiopien zu zahlen ist.





